Gesund ins Leben starten – Hebammenversorgung zukunftsfest gestalten und Familien von Anfang an stärken zum Antrag „Geburtshilfe sichern – Hebammen unterstützen – selbstbestimmte Geburt für Frauen ermöglichen!“ Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/16492

Drucksache **18/21195** · eingebracht 2026-09-08 — Antragsteller: CDU GRÜNE

Gesundheit | Familie | Prävention | Klimaanpassung | Gleichstellung

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert eine zielgenaue, flächendeckende und sozial gerechte Stärkung der Hebammenversorgung in NRW — mit Fokus auf Prävention, Selbstbestimmung, Digitalisierung, Hitzeschutz und intersektionalem Zugang.

KERNFORDERUNGEN

- 1:1-Betreuung als Ziel
- Systematische Identifikation regionaler Versorgungslücken
- Stärkung innovativer Formate (Hebammenzentralen, -mobile, -kreißsäle)
- Integration internationaler Fachkräfte
- Hitzeschutz als gesundheitspolitisches Handlungsfeld

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag verankert zentrale GWÖ-Werte: Soziale Gerechtigkeit durch Zugang unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort (D4); Ökologische Nachhaltigkeit durch Hitzeschutz für Schwangere/Säuglinge als Klimaanpassungsmaßnahme (E3); Transparenz & Mitbestimmung durch partizipative Weiterentwicklung mit Akteur:innen (D5); Solidarität durch Fokus auf belastete Lebenslagen und Prävention (D2). Er berührt keine Felder fundamental widersprüchlich — alle Bewertungen liegen zwischen +2 und +5.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Starke interfraktionelle Kooperation (CDU/GRÜNE)
- Konsequente Fokussierung auf Prävention und Gesundheitsförderung
- Intersektionale Zugänglichkeit (Einkommen, Herkunft, Sprache, Wohnort)
- Klare Verankerung von Klimaanpassung (Hitzeschutz) im Gesundheitskontext

Schwächen

- Keine konkrete Finanzierungszusage — lediglich 'aus vorhandenen Mitteln'
- Keine Verankerung von Tariftreue oder Mindestlohn für Hebammen (wichtig für SPD-Treue)
- Keine Nennung von Gemeinwohlökonomie als Steuerungsrahmen (obwohl GRÜNE dies im Wahlprogramm fordern)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	++	++	+	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	+	·	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D2 **Solidarische öffentliche Leistung** `Bewertung: +5`

Prävention, Frühe Hilfen, Gewaltschutz, Gesundheitsförderung

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +5`

Flächendeckende, wohnortnahe, 1:1-Betreuung; Integration internationaler Fachkräfte

D1 **Menschenwürde in der Daseinsvorsorge** `Bewertung: +4`

Zugang unabhängig von Einkommen, Herkunft, Sprache

D5 **Demokratische öffentliche Leistung** `Bewertung: +4`

Partizipative Weiterentwicklung mit Akteur:innen, digitale Entlastung für Mitbestimmung

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag deckt Kernziele des CDU-Wahlprogramms ab: wohnortnahe Versorgung (S. 73), Stärkung der Hebammenberufe (S. 74), Ausbau der Ausbildung (S. 79), familienfreundliche Rahmenbedingungen (S. 62) und Bekämpfung von Kinderarmut (S. 59). Alle Zitate belegen direkte Übereinstimmung.

> „Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für Hebammen und Entbindungspfleger schaffen und setzen uns für die Stärkung der Berufe und mehr Ausbildung ein."
> CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 74

> „Qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung für alle"
> CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 73

PARTEIPROGRAMM 8/10

Stimmt mit dem CDU-Grundsatzprogramm 2024 überein: Schwerpunkt auf wohnortnahe Versorgung im ländlichen Raum (S. 63), Telemedizin (S. 63), Prävention (S. 25), Selbstbestimmung (S. 63). Kein Widerspruch zu Subsidiarität oder Sozialer Marktwirtschaft.

> „Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten und zu verbessern. Dazu braucht es mehr Studienplätze für Humanmedizin, mehr regionale Gesundheitszentren mit Notfallversorgung, eine Stärkung der sektorenübergreifenden und überregionalen Zusammenarbeit, den Ausbau der Telemedizin"
> CDU Grundsatzprogramm 2024, S. 63

GRÜNE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist nahezu wörtlich aus dem Grünen Wahlprogramm 2022 abgeleitet: Hebammenkreißsäle (S. 81), selbstbestimmte Geburt (S. 82), geschlechtergerechte Daten (S. 81), Hitzeschutz als Gesundheitsschutz (S. 81–82), intersektionale Zugänglichkeit (S. 97), Digitalisierung zur Entlastung (S. 81–82). Vollständige Deckung.

> „In der Geburtshilfe stellen wir die Bedürfnisse von Eltern und Kindern in den Mittelpunkt. In der Stadt und auf dem Land muss eine gute Versorgung vor, während und nach der Geburt gewährleistet werden. Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten."
> BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 81

> „Wir wollen das Recht auf Selbstbestimmung stärken und freiwillige Beratungsangebote rund um Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch ausbauen."
> BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 82

PARTEIPROGRAMM 9/10

Vollständig konsistent mit dem Grünen Grundsatzprogramm 2020: Stärkung der professionellen Pflege (S. 67), Kulturwandel in der Geburtshilfe (S. 67), Patient*innen als Akteur*innen (S. 69), gleichwertige Lebensverhältnisse (S. 58), regionale Kreisläufe (S. 59). Einzig fehlender expliziter Bezug zur Biodiversität — aber nicht relevant für diesen Antrag.

> „Gute Versorgung durch Hebammen – ob ambulant oder in Geburtshäusern und Kreißsälen – muss sowohl in ländlichen Regionen als auch in Städten gesichert sein. Wir brauchen einen Kulturwandel in der Geburtshilfe, weg von Personalnot und Kostendruck, um die Bedürfnisse von Mutter und Kind in den Mittelpunkt zu stellen."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 67

SPD

WAHLPROGRAMM 8/10

Der Antrag entspricht SPD-Kernzielen: gebührenfreie frühkindliche Bildung (S. 62), soziale Gerechtigkeit (S. 59), Tariftreue & faire Arbeitsbedingungen (implizit durch 'attraktive Rahmenbedingungen'), Prävention & Frühe Hilfen (S. 59). Keine direkte Erwähnung von Tariftreue bei Hebammenverträgen — geringe Lücke.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 8/10

Stimmt mit dem Hamburger Programm überein: Soziale Gerechtigkeit (Grundwert), Vorsorgender Sozialstaat (S. 2007), Gesundheitsförderung als Teil der Grundwerte (S. 2007). Kein Widerspruch zu Solidarität oder Demokratie. Keine direkten Zitate zum Hebammenwesen im SPD-Grundsatzprogramm — daher kein Zitat eingefügt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM 7/10

Teilweise konsistent: Digitalisierung zur Entlastung (S. 76, 78), wohnortnahe Versorgung (S. 76), Eigenverantwortung & Selbstbestimmung (S. 76). Aber Widerspruch zu FDP-Positionen: Kein Hinweis auf Marktsteuerung, Wettbewerb oder Privatisierungsoptionen; stattdessen klare staatliche Steuerung und Koordination. Keine Erwähnung von Bürokratieabbau als Ziel — nur als Mittel.

> „Wir unterstützen das Vorhaben der neuen Bundesregierung, die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene ..."
> FDP NRW Wahlprogramm 2022, S. 76

PARTEIPROGRAMM 7/10

Konsistent mit Freiheit, Selbstbestimmung (S. 65), wohnortnaher Versorgung (S. 65), digitaler Innovation (S. 76). Aber FDP betont Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung (S. 13, 54) — hier liegt starker Fokus auf staatlicher Koordination ('beauftragt die Landesregierung'). Keine Quelle zum Hebammenwesen im FDP-Grundsatzprogramm.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 2/10

Fundamentaler Widerspruch: AfD lehnt staatliche Interventionen in Gesundheitsversorgung ab („gegen staatliche Eingriffe"), bevorzugt traditionelle Rollenbilder („deutsche Leitkultur"), lehnt Gender-Perspektiven ab („gegen Gender-Ideologie"), und sieht Hebammen nicht als eigenständige Berufsgruppe im Fokus — sondern primär als Teil einer nationalen Versorgungssicherheit. Der Antrag betont Geschlechtergerechtigkeit, intersektionale Zugänglichkeit und strukturelle Ungleichheit — alles AfD-kritisch.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

Keine Übereinstimmung: AfD-Grundsatzprogramm betont nationale Souveränität, EU-Kritik, traditionelles Familienbild und lehnt „Gender-Ideologie" ab. Der Antrag setzt auf geschlechtergerechte Daten, Selbstbestimmung, multikulturelle Zugänglichkeit — alles konträr zu AfD-Leitideen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Schwangere und Säuglinge gehören zu besonders hitzesensiblen Gruppen. Schwangere, Mütter und Familien brauchen deshalb angemessene Informationen und Unterstützung zum Hitzeschutz.

> Schwangere und Säuglinge gehören zu besonders hitzesensiblen Gruppen. Als Teil der kommunalen Klimaanpassungsstrategie brauchen Schwangere, Mütter und Familien angemessene Informationen und Unterstützung zum Hitzeschutz — mit besonderem Fokus auf benachteiligte Quartiere und sozial schwache Haushalte.

Begründung: Stärkt den ökologischen Wert (E3) und sozialen Gerechtigkeitsaspekt (D4) durch Verknüpfung mit kommunaler Klimapolitik und intersektionalem Zugang.

Vorschlag 2 von 3

Original: die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Hebammenwesen weiter zu beschleunigen und die Integration internationaler Fachkräfte zu unterstützen

> die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Hebammenwesen weiter zu beschleunigen **unter Einbeziehung von Dolmetscher*innen und kultursensibler Begleitung**, und die Integration internationaler Fachkräfte zu unterstützen

Begründung: Verbessert Menschenwürde (D1) und Transparenz (D5) durch konkrete Barriereabbau-Maßnahme — entspricht GWÖ-Feld C3 (Verwaltung als inklusive Institution).

Vorschlag 3 von 3

Original: darauf hinzuwirken, dass in den Kommunen die Zusammenarbeit von Hebammen mit Angeboten der Frühen Hilfen, des öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie weiteren präventiven Unterstützungsangeboten weiter verbessert wird

> darauf hinzuwirken, dass in den Kommunen gemeinwohlorientierte Kooperationsvereinbarungen zwischen Hebammen, Frühen Hilfen, öffentlichem Gesundheitsdienst und anderen präventiven Angeboten geschlossen werden, die Gemeinwohlbilanzen und gemeinsame Zielvereinbarungen vorsehen

Begründung: Verankert GWÖ als Steuerungsrahmen (C3) und stärkt Solidarität (D2) durch institutionelle Verankerung — direkt bezogen auf GWÖ-Matrixfeld C3 und D2.

Original-Antrag

Drucksache 18/21195

Gesund ins Leben starten · Hebammenversorgung zukunftsfest gestalten und·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21195**

08.09.2026

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Gesund ins Leben starten – Hebammenversorgung zukunftsfest gestalten und Familien von Anfang an stärken

zum Antrag **„Geburtshilfe sichern – Hebammen unterstützen – selbstbestimmte Geburt für Frauen ermöglichen!“**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/16492

I. Ausgangslage

Schwangerschaft, Geburt und die ersten Lebensmonate eines Kindes prägen die gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Müttern nachhaltig. Hebammen leisten dabei einen unverzichtbaren Beitrag. Sie begleiten werdende Eltern in einer sensiblen Lebensphase, fördern die Gesundheit von Mutter und Kind, stärken Elternkompetenzen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Prävention.

Gleichzeitig stehen Hebammen und geburtshilfliche Einrichtungen vor erheblichen Herausforderungen. Mit der Akademisierung sind die Ausbildungszahlen deutlich gestiegen. Obwohl die Hebammen direkt in die Versorgung einsteigen, wird das Ziel, unter der Geburt eine 1:1-Betreuung zu gewährleisten, häufig nicht erreicht. Durch die Betreuung mehrerer gebärender Frauen gleichzeitig ist die Arbeitsbelastung der Hebammen in Kliniken hoch. Bei der Vor- und Nachsorge sowie in der Wochenbettbetreuung berichten Familien von Schwierigkeiten, eine Hebamme zu finden. Krankenkassendaten zeigen, dass dies etwa 90 Prozent der Frauen mit hohem Einkommen, aber nur etwa 68 Prozent der Frauen mit niedrigem Einkommen gelingt. Hinzu kommen regionale Unterschiede in der Verfügbarkeit von Hebammenleistungen (vgl. Stellungnahme 18/3875).

Die aktuelle Debatte um die Ausgestaltung des Hebammenhilfevertrags und die zukünftige Vergütung von Hebammen zeigt, wie wichtig verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen für die Berufsausübung sind. Veränderungen der Vergütungsstrukturen dürfen nicht dazu führen, dass sich bestehende Versorgungsengpässe verschärfen oder bewährte Versorgungsangebote für Schwangere und Familien gefährdet werden.

Die Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 3. Juni 2026 hat gezeigt, dass die Sicherstellung einer guten Geburtshilfe nicht allein eine Frage der Anzahl von Geburtsstationen ist, sondern auch eine Frage der Bedürfnisse von Familien und der Frauen.

Datum des Originals: 08.09.2026/Ausgegeben: 08.09.2026

Entscheidend ist grundsätzlich eine qualitativ hochwertige, möglichst wohnortnahe und kontinuierliche Begleitung von Familien während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett.

Hebammen sind darüber hinaus wichtige Akteurinnen der Gesundheitsförderung und Prävention und Begleiterinnen der Familien. Sie erreichen Familien frühzeitig und können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, gesundheitliche Risiken zu erkennen, Eltern zu stärken und gesundheitliche Ungleichheiten zu reduzieren. Gerade Familien in belasteten Lebenslagen profitieren von einer guten Hebammenversorgung.

Nordrhein-Westfalen hat bereits wichtige Schritte unternommen, um die Geburtshilfe zu stärken. Diese Anstrengungen gilt es konsequent fortzuführen und weiterzuentwickeln.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Hebammen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung von Familien und Säuglingen.
- Eine faire und auskömmliche Vergütung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Gewinnung und Bindung von Hebammen sowie für den Erhalt einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Versorgung.
- Eine gute Hebammenversorgung trägt wesentlich zu Gesundheitsförderung, Prävention und einem gesunden Aufwachsen von Säuglingen bei.
- Familien müssen unabhängig von Wohnort, Einkommen, Herkunft oder Sprachkenntnissen Zugang zu Hebammenleistungen erhalten.
- Schwangere und Säuglinge gehören zu besonders hitzesensiblen Gruppen. Schwangere, Mütter und Familien brauchen deshalb angemessene Informationen und Unterstützung zum Hitzeschutz.
- Die 1:1-Betreuung unter der Geburt bleibt Ziel in der Hebammenversorgung.
- Digitalisierung bietet Chancen, den Zugang zu Hebammenleistungen zu erleichtern, Hebammen bei administrativen Aufgaben zu entlasten und Familien niedrigschwellige Informations- und Beratungsangebote zur Verfügung zu stellen.
- Innovative Versorgungsformen können helfen, Versorgungs- und Informationslücken zu schließen und besonders belastete Familien besser zu erreichen.
- Für eine zielgerichtete Weiterentwicklung der Versorgung werden belastbare Daten über regionale Versorgungsbedarfe und Versorgungslücken benötigt.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung aus vorhandenen Mitteln,

- die Hebammenversorgung in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren weiterzuentwickeln und regionale Versorgungslücken systematisch zu identifizieren;
- die Auswirkungen der aktuellen Vergütungsregelungen für Hebammen auf die Versorgungssituation in Nordrhein-Westfalen eng zu begleiten und sich auf Bundesebene für Rahmenbedingungen einzusetzen, die eine auskömmliche Vergütung, attraktive Arbeitsbedingungen und den Erhalt vielfältiger Versorgungsangebote in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett gewährleisten.
- zu prüfen, wie innovative Versorgungsansätze wie Hebammenzentralen, Hebammenkreißsäle, Hebammenmobile oder aufsuchende Angebote insbesondere für Familien in herausfordernden Lebenslagen weiter gestärkt werden können;
- die Datengrundlage zur Hebammenversorgung, insbesondere zur Vor- und Nachsorge sowie zur Wochenbettbetreuung, zu verbessern;

- die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Hebammenwesen weiter zu beschleunigen und die Integration internationaler Fachkräfte zu unterstützen;
- darauf hinzuwirken, dass in den Kommunen die Zusammenarbeit von Hebammen mit Angeboten der Frühen Hilfen, des öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie weiteren präventiven Unterstützungsangeboten weiter verbessert wird;
- mehrsprachige Informationsangebote zum Hitzeschutz für Schwangere und Säuglinge in bestehende Präventions- und Beratungsstrukturen zu integrieren;
- zu prüfen, wie die Expertise von Hebammen in geeigneten Bereichen der Notfall- und Rettungsversorgung stärker genutzt werden kann;
- darauf hinzuwirken, dass Hebammen bei der Krisenvorsorge im Gesundheitswesen sowie bei Katastrophen, einem Massenanfall von Verletzten und sonstigen schwerwiegenden Ausnahmelagen in den Planungen zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung angemessen berücksichtigt werden;
- Maßnahmen zur Prävention und zum Schutz vor Gewalt rund um Schwangerschaft und Geburt weiterzuentwickeln und bestehende Unterstützungsangebote bekannter zu machen;
- zu prüfen, wie digitale Anwendungen dazu beitragen können, Hebammen von bürokratischen Aufgaben zu entlasten und mehr Zeit für die direkte Betreuung von Familien zu schaffen.

Thorsten Schick	Wibke Brems
Matthias Kerkhoff	Mehrdad Mostofizadeh
Bianca Winkelmann	Jule Wenzel
Marco Schmitz	Gönül Eğlence
Katharina Gebauer	Meral Thoms
	İlayda Bostancıeri
und Fraktion	und Fraktion